

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pppn d

Inhalt

Björn Engholm MdB, Bundesbildungsminister, erklärt, wie die 7. BAföG-Novelle als Kompromiß zwischen Notwendigem und Machbarem entstand: Keineswegs selbstverständlich. Seite 1

Wilhelm Nöbel MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik, fordert bessere Fernsehprogramme statt mehr schlechte: Das öffentlich-rechtliche System muß dynamisch-kreative Arbeit leisten. Seite 4

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandsprecher, unterstreicht, daß in Rüstungskontrollfragen Irritationen auf ein Minimum reduziert werden müssen: Hoffen auf allseitige Mäßigung. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 74

16. April 1981

Keineswegs selbstverständlich

7. BAföG-Novelle Kompromiß zwischen Notwendigem und Machbarem

Von Björn Engholm MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Wer die Entscheidung der Bundesregierung vom 15. April über die 7. Novelle zum BAföG verstehen und gerecht bewerten will, muß sich die finanzielle Ausgangssituation vor Augen führen: Zwischen 1977 und 1980 ist der Gesamtaufwand für die Ausbildungsförderung um mehr als eine Milliarde auf 3,66 Milliarden DM angestiegen. Im Jahre 1980 mußte der Bund, der Zweidrittel der Ausgaben zu tragen hat, seine Aufwendungen um über 300 Millionen auf 2,4 Milliarden DM aufstocken.

Denn: Die geburtenstarken Jahrgänge sind jetzt in weiterführender Schul- und Berufsausbildung, die nach dem BAföG gefördert wird; 1980 wurden rund 835.000 Schüler und Studenten gefördert. Darunter sind mehr als 100.000 Auszubildende in der beruflichen Grundbildung. Das sind Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien, die die Leistungen nach dem BAföG dringend benötigen und auch nutzen.

In der Koalitionsvereinbarung, im Haushaltsentwurf der Regierung und in einem einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ist die Ausgabenobergrenze für die Ausbildungsförderung für die Jahre 1981 bis 1984 auf 2,4 Milliarden DM festgelegt worden.

Damit war vor die schwierige Aufgabe gestellt, den sozialen Kernbestand des Gesetzes mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern - trotz noch weiter ansteigender Zahlen von Schülern und Studenten in förderungsfähiger Ausbildung. Das heißt vor allem: Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze ermöglichen, weil sonst steigende Elterneinkommen und wachsende Lebenshaltungskosten die Förderungsleistungen



absinken lassen und entwerten. Um uns den dafür notwendigen finanziellen Spielraum zu schaffen, mußten wir das Gesetz auf sozial vertretbare Einsparungen durchprüfen. Das haben wir uns nicht leicht gemacht. Statt gesetzliche Leistungen einfach pauschal zu kürzen, haben wir sorgfältig die einzelnen Leistungsvoraussetzungen auf ihre soziale Wirksamkeit abgeklopft. Ich meine, wir haben einen vertretbaren, sozial gerechten Kompromiß zwischen Notwendigen und Machbarem gefunden. Zunächst das Wichtigste: Es konnte durchgesetzt werden, daß die Bedarfssätze für Schüler und Studenten um 5,5 bis 6,5 Prozent und die Freibeträge vom Einkommen der Eltern um 10,2 Prozent angehoben werden, wenn auch erst zum 1. April 1982 und nicht schon in diesem Herbst. Der Freibetrag für das Elternpaar wird von 1.270 auf 1.400 DM angehoben. Bei den Bedarfssätzen wird für den auswärts wohnenden Studenten zum Beispiel künftig ein Bedarfssatz von 660 DM statt bisher 620 DM gelten.

Ich bedauere, daß es keinen anderen Weg gab, als den Jugendlichen in der Ausbildung vom Herbst dieses Jahres bis zum 1. April 1982 eine vorübergehende Durststrecke zuzumuten, weil eine frühere Anpassung den Kostenrahmen gesprengt hätte. Die deutliche Anhebung der Freibeträge zum April nächsten Jahres ist in dieser Situation ein positives Ergebnis, das keineswegs selbstverständlich war.

Die beträchtlichen Kosten dieser Anpassung zwingen uns, die Förderung künftig stärker auf diejenigen zu konzentrieren, die öffentliche Hilfe für ihre Ausbildung am dringendsten benötigen. Dabei kam es in erster Linie darauf an, Mitnehmereffekte und Mißbrauchsmöglichkeiten - wie sie bei sozialen Leistungsgesetzen nie ganz vermeidbar sind - weitestgehend auszuschließen. Künftig wird es demjenigen, der ein hohes Einkommen hat, nicht mehr möglich sein, durch Transaktionen, die durch Verlustzuweisungen zu einer Minderung des zu versteuernden Einkommens führen, auch sein für die Berechnung des BAföG zugrundegelegtes Einkommen senken zu können. Wir schätzen, daß allein hierdurch bis zu jährlich 100 Millionen DM für den Bund gespart werden können.

Die Gesetzesänderung gibt uns auch eine Ermächtigung für eine Verordnung in die Hand, nach der eine realitätsnähere Ermittlung der Einkünfte nicht buchführender Landwirte ermöglicht werden kann. Sie soll frühestens zum 1. Januar 1983 in Kraft treten, um auch die Auswirkungen der jüngsten Steuerungsregelung für Landwirte zum 25. Juni 1980 berücksichtigen zu können.

Eine besonders schwierige Aufgabe war es, die Zweitausbildungen, die über einen ersten berufsqualifizierenden Abschluß hinaus förderungsfähig sind, neu einzugrenzen. Dies ist notwendig geworden, weil die starke Ausweitung von Zweit-, Zusatz-, Er-



gänzungs- und Aufbaustudien, die von neun solcher Studiengänge in 1972 auf zuletzt 61 angestiegen sind und weiter ansteigen, zu hohen Kosten führt. Künftig soll Ausbildungsförderung nur für eine planvoll angelegte und zielstrebig durchgeführte Ausbildung bis zum berufsqualifizierenden wissenschaftlichen Abschluß geleistet werden. Darüber hinaus wird künftig eine weitere Ausbildung nur gefördert, wenn sie in derselben Richtung fachlich weiterführt, insbesondere wissenschaftlich vertieft, und dies nur bis zu höchstens zwei Jahren. Ausnahmen werden in Härtefällen gemacht werden und für Zweitausbildungen, die für das angestrebte Ausbildungsziel erforderlich sind, wie zum Beispiel für Kieferchirurgen und Schulpsychologen.

Die Durchlässigkeit aus der Fachhochschule in die Universitäten wird auch künftig garantiert sein. Wenn die Hochschulreife allerdings erst mit der Abschlußprüfung der Fachhochschule - also nach einem vollen Fachhochschulstudium - erworben wird, kann man an der Universität grundsätzlich nur in derselben Fachrichtung weiterstudieren.

Ich weiß, gerade diese letzten Einschränkungen werden in der Öffentlichkeit, in Bundesrat und Bundestag intensiv diskutiert werden. Ob die Ausnahmebestimmungen, die auch künftig noch Zusatz- und Ergänzungsstudien ermöglichen, das bildungs- und arbeitsmarktpolitisch Notwendige ausreichend berücksichtigen, wird in den bevorstehenden Beratungen weiter zu erörtern sein.

Viele der weitergehenden Forderungen, die Ausbildungsförderung einzuschränken, haben wir erfolgreich abgewehrt. Es bleibt zum Beispiel bei den zusätzlichen Leistungen nach der Härteverordnung (Abgeltung von erhöhten Unterkunftskosten, von Fahrtkosten und von Aufwendungen für Lern- und Arbeitsmittel).

Wenn man schon sparen muß, dann muß man das sozial bedacht tun und dort, wo es vertretbar ist. Aus einer schwierigen Situation habe ich versucht, das Beste zu machen. Trotz schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen und expansiver Kostenentwicklung des Gesetzes in den vergangenen Jahren sichern wir den sozialen Kern der Ausbildungsförderung durch Anpassung von Freibeträgen und Bedarfssätzen. Die jungen Menschen, die BAföG dringend brauchen, können auch künftig auf die Hilfe des Staates für ihre Ausbildung vertrauen.

(-/16.4.1981/ks/ca)

+ + +



Bessere Programme statt mehr schlechte!

Das öffentlich-rechtliche System muß dynamisch-kreative Arbeit leisten

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik, Bildung und Wissenschaft
und Sport der SPD-Bundestagsfraktion

Es reicht nicht aus, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland nur stereotyp mit dem Satz zu verteidigen, es habe sich bewährt.

Unbestreitbar war am Abend des 30. März 1981 die Meldung mit dem höchsten Nachrichtenwert - wenn auch leider! - das Attentat auf den amerikanischen Präsidenten Reagan und seine Begleitung. Das WDR I-Hörfunkprogramm brachte in den 23.00 Uhr-Nachrichten sozusagen nur eine Routinemeldung. Es fehlte selbst der Hinweis auf die Sendung zwischen 23.30 Uhr und 24.00 Uhr, in der ausführlicher berichtet werden sollte. Auf die Idee, wenn schon aus den USA nichts zu bekommen war, AFN, den amerikanischen Truppsender in der Bundesrepublik, der laufend ausführlich berichtete, "abzuhören", kam offensichtlich niemand. In Frankreich wurde an jenem Abend drei Stunden Live aus den USA berichtet.

Nun mag der Unterschied aus den anders gearteten Mentalitäten herrühren, könnte einer sagen, der lieber einen höflichen Umgangston mit deutschen Rundfunkdirektoren zu schätzen weiß, als ihnen die Wahrheit zu sagen (weil sie sie ja doch nicht verstehen?), aber die Schwerfälligkeit in deutschen Anstalten ist der wahre Grund für ein solches Dilemma. Im Übrigen keine Einmaligkeit und daher Wasser auf die Mühlen der Gegner des öffentlich-rechtlichen Systems.

Mit Sicherheit toleriert sozialdemokratische Medienpolitik, die bekanntlich von Konservativen als "konservativ" gescholten wird, diese bürokratischen Schwächen und andere Mängel, die hier im Einzelnen nicht aufzuführen sind, ganz und gar nicht. Täte sie es, dann wäre sie tatsächlich "konservativ" im schlechtesten Sinne.

"Die SPD tritt für bessere Programme ein", heißt es in ihrem am 27. März 1981 beschlossenen Aktionsprogramm. Dazu bedarf es keiner Systemveränderung, sondern einer ernsthaft zu betreibenden Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Systems, nicht zuletzt durch Regionalisierung und Dezentralisierung, wie sie beispielsweise vom WDR angestrebt wird.

Die eigentlichen Punkte, die den Anstoß zu dieser Initiative gaben, waren einmal die Erkenntnis der Notwendigkeit, "innere Verkrustungen aufzubrechen", und zweitens das Ziel einer neuen Beziehung zwischen Anstalt und Sendegebiet.

Dies hat ganz und gar nichts gemeinsam mit provinzieller Machart, sondern soll neuer dynamisch-kreativer Programmarbeit förderlich sein. Natürlich gibt es Widerstände, wenn Änderungen im Binnenverhältnis eines Funkhauses bevorstehen. Sie müssen überwunden werden. Und anstatt fortgesetzt hysterisch mit Blick auf neue Technologien auf eine Machtergreifung aus der Luft hin zu lamentieren, dazu mit dem erforderlichen Zugriff auf unterirdische Kabel zu spekulieren, die andere erst bezahlen sollen, wäre es die naheliegende Aufgabe aller Beteiligten, auch der politischen Parteien, erst einmal das in Ordnung zu bringen, was heute nicht in Ordnung



ist. CDU und CSU weigern sich, weil sie die Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen. Zudem übergehen sie schwerwiegende Probleme, die die neuen Informationstechniken mit sich bringen, leichtfertig. Das würde bedeuten, auf ungelöste Probleme von heute die Probleme von morgen noch draufzustülpen, falls sich diese Art Medienpolitik durchsetzte, was Gott sei Dank nicht zu befürchten ist. Das Produzieren von Scheinkonzeptionen kann nämlich praktische Umsetzungen nicht ersetzen.

"Das Fernsehprogramm der 80er Jahre", war Thema eines zu würdigenden Vortrages von Dietrich Schwarzkopf, Programmdirektor Deutsches Fernsehen, vor einigen Wochen.

Er anerkennt das Erfordernis, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten den großen Vorteil, gegenüber kommerziellen Unternehmungen "von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wettbewerbs als einer Existenzvoraussetzung" befreit zu sein, als "Chance zugunsten der Zuschauer verstärkt nutzen" müssen.

Als rundfunkpolitische Rahmenvorgaben sieht Schwarzkopf neben der Regionalisierung zur "weiteren Erschließung der Welt und des Nahraums" die Internationalisierung.

Die essentielle "Verpflichtung zur Unverwechselbarkeit" des Programms sei "eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen".

Schwarzkopf weiter: Kommerzielle Veranstalter sind "existentiell verpflichtet, die publikumswirksamsten Programmformen zur besten Sendezeit anzubieten. Die Zahl der publikumswirksamsten Arten von Fernsehprogrammen ist sehr klein. Praktisch bedeutet dies, daß zur besten Sendezeit auf mehr Kanälen das Gleiche angeboten wird. Für den Zuschauer heißt das erhöhte Qual der Wahl; er schaltet unruhig hin und her, das Ergebnis ist Verdrossenheit".

Genau das erkennt sozialdemokratische Medienpolitik, der die CDU/CSU das Schlagwort vom "mündigen Bürger" entgegensetzt. Der mündige Zuschauer wird sich bedanken für das, was man ihm antut. Übrigens nicht nur ihm, sondern insbesondere den unmündigen Bürgern, den Kindern nämlich.

Bekanntlich ist Schwarzkopf ebenso wie Intendant Hans Bausch kein SPD-Mann. Bausch hat Recht, wenn er feststellt: "Man wird in einer nicht allzufernen Zukunft erkennen, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine für die zweite deutsche Republik ganz entscheidende publizistische Integrationsaufgabe erfüllt haben. Es wäre töricht, aus dieser geschichtlichen Erfahrung für die Zukunft nicht zu lernen" (aus: "Rundfunkpolitik nach 1945").

Eine Mahnung, die alle Demokraten beherzigen sollten, zumal auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Fernsehurteil 1961 Hörfunk und Fernsehen "eine integrierende Funktion für das Staatsganze" zugeschrieben hat.

Schwarzkopf schließt daraus: "Ein Rundfunk, der nicht in öffentlicher Verantwortung steht, hat keine integrierende Funktion und braucht sie nicht zu haben."

Es wird also einerseits die Unverzichtbarkeit auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem begründet, andererseits kommerzielles Fernsehen in seinen Schwachpunkten dargestellt, aber auch die Erkenntnis des ARD-Programmdirektors, daß sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk im ganzen Ernst fortzuentwickeln hat, vermitteln.

Schließlich geht es um unseren Staat, als die Gemeinschaft der Bürger und um jeden Einzelnen.

Erste Aufgabe also: das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in Ordnung zu bringen: bessere Programme statt mehr schlechte!



Hoffen auf allseitige Mäßigung

Irritationen auf ein Minimum reduzieren

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Man muß schon acht geben, daß einem nicht die Puste ausgeht, wenn man mit Caspar Weinberger Schritt halten will. Äußerungen, die der amerikanische Verteidigungsminister tags zuvor in Washington über Voraussetzungen für neue Rüstungskontrollgespräche mit den Sowjets tat, hat er selbst inzwischen schon wieder etwas begrädigt: In Ottawa bekräftigte er soeben, was er auch in Bonn gesagt hatte, daß nämlich der NATO-Doppelbeschuß unverändert gilt, der zur Nachrüstung bekanntlich den fortdauernden Verhandlungswillen des Westens über Waffenreduzierungen bekräftigt. Weinbergers abermalige Klarstellung ist zu begrüßen.

Jedermann weiß, daß dazu gilt: Eine sowjetische Intervention in Polen würde, wie Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte, die Welt verändern und damit auch der westlichen Gesprächsbereitschaft hinsichtlich der Mittelstreckenwaffen in Europa die Geschäftsgrundlage entziehen. US-Außenminister Haig hat seinen Teil dazu getan, um diese Position nicht in Zweifel geraten zu lassen. Das war gerade in einer Zeit sehr verdienstvoll, in der sich die neue amerikanische Administration erst noch einrichtet, auf deren endliche politische Berechenbarkeit immer noch viele bauen wollen.

Nur diese Haig-Linie macht auch politisch Sinn: Wer um das Interesse der Sowjets an solchen Rüstungskontrollgesprächen weiß - und wer daran zweifelte, könnte sich jede Verhandlungsofferte sparen -, der kann sich schwerlich vom jeweiligen Stand der innerpolnischen Entwicklung abhängig machen, wie es Weinberger zeitweise zu tun schien, sondern der muß ganz klar und unmißverständlich die Grenze markieren, jenseits derer die Basis von Verhandlungen zerstört würde. So haben es die NATO-Verbündeten zusammen mit dem amerikanischen Außenminister getan.

Danach können wir heute, nun also wieder mit Caspar Weinberger, auf allseitige Mäßigung und auf den Beginn baldiger Abrüstungsverhandlungen hoffen. Bis dahin sollten alle bemüht sein, daß Maß an Irritationen auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Problematik der Mittelstreckenwaffen betrifft in ganz spezifischer Weise die Europäer. Sie verlangt deshalb eine intime Kenntnis der europäischen politischen Szene und viel Einfühlungsvermögen. Man braucht kaum anzumerken, daß das auch für Ratschläge gilt, die so wohlfeil sein mögen, wie sie unsinnig sind: Beispielsweise für Anslanen, die Sozialhaushalte zugunsten von Rüstungsausgaben zu kastrieren. Man kann sich auch um die eigene Verteidigungsfähigkeit reden!

(-/16.4.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier